



Verband der Bürgerinitiativen
entlang der Betuwe-Linie
Sprecher des Verbandes
Herrn Gert Bork
Mühlenweg 78
46486 Wesel

19. Februar 2016
Seite 1 von 3

Sehr geehrter Herr Bork,

haben Sie Dank für Ihren Brief vom 9. Februar 2016, auf den ich Ihnen gerne antworte. Da Sie ihre Kritikpunkte bereits öffentlich gemacht haben, ist es mir umso wichtiger, die Sicht der Landesregierung zu den von Ihnen erhobenen Vorwürfen darzustellen, denn sie sind vollkommen unbegründet.

Aus Ihrer Sicht ist es nachvollziehbar, den Tunnel der Rheintalbahn in Offenburg als Vergleichsfall für die Lärmschutzmaßnahmen entlang der Betuwe-Linie heranzuziehen. Allerdings hat der Deutsche Bundestag diesen Einzelfall sachfremd entschieden, so dass ich Ihre Vorwürfe nicht unwidersprochen stehen lassen kann. Es handelt sich in diesem Fall – wie mir berichtet wird – um eine Einzelfallentscheidung, die fachlich zu kritisieren und gemessen an den üblichen Rahmenbedingungen der Infrastrukturförderung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur absolut ungewöhnlich ist.

In meinem Fachministerium stößt der vom Bundestag getroffene Beschluss auf großes Unverständnis. Mit dieser Entscheidung sind offensichtlich haushaltsrechtliche Vorgaben zur Wirtschaftlichkeit außer Kraft gesetzt worden. Zudem hat – wie sonst üblich – keine konkurrenzierende Bewertung dieser Variante mit anderen bundesweit bedeutsamen Projekten im Rahmen der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans stattgefunden.

Stadttor 1
40219 Düsseldorf
Postanschrift:
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-01
poststelle@stk.nrw.de

Als Maßstab für Lärmschutzmaßnahmen kann diese Einzelfallentscheidung nicht dienen. Sie führt bedauerlicherweise dazu, dass Mittel in Höhe von mehr als 1,5 Mrd. Euro gebunden werden, die für andere wichtige Schieneninfrastrukturprojekte in Nordrhein-Westfalen und anderen Ländern fehlen.

Die Betuwe-Linie gehört zu den bundesweit wichtigsten Schieneninfrastrukturprojekten. Weil dieses Vorhaben für den Güterverkehr und für den Personenverkehr in Nordrhein-Westfalen von herausragender Bedeutung ist, investieren wir rund 450 Mio. Euro aus Landesmitteln in den Bau des dritten Gleises zwischen der deutsch-niederländischen Grenze und Oberhausen. Nur deshalb werden – wie Sie sicherlich wissen – den Anrainern aktive Schallschutzmaßnahmen zu Gute kommen.

Dabei ist mir klar, dass diese mit dem Immissionsschutzrecht konform gehenden Lösungen nicht mit einer Tunnelvariante wie jener in Offenburg vergleichbar sind. Auch wir haben uns stets für die Optimierung von Lärmschutzmaßnahmen stark gemacht. Deshalb hat sich Minister Michael Groschek im Zuge der Anträge zur Rheintalbahn vehement bei den Bundestagsabgeordneten dafür eingesetzt, für die Betuwe-Linie wie auch für den Rhein Ruhr Express Lärmschutzmaßnahmen festzulegen, die über den immissionsschutzrechtlichen Rahmen hinausreichen. Leider müssen wir es nun wohl akzeptieren, dass das Bundesparlament hier eine Einzelfallentscheidung zugunsten einer einzigen Kommune in Baden-Württemberg und zu Lasten aller übrigen Länder getroffen hat.

Auch zum Thema Sicherheit möchte ich klarstellen: Das Ministerium für Inneres und Kommunales hat das Mögliche unternommen, um dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen, und gemeinsam mit den Anliegern und Feuerwehren ein Konzept zur Gefahrenabwehr entwickelt. Das Ministerium hat sich im Anschluss bei dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, der Deutsche Bahn AG und dem Eisenbahnbundesamt für eine Übernahme des daraus entwickelten Anforderungskataloges in die Planung eingesetzt.

Letztlich obliegt es dem Eisenbahnbundesamt, in welcher Weise die Streckensicherheit und der Lärmschutz zu gewährleisten sind. Selbstverständlich haben diese Belange für die Landesregierung ein sehr hohes Gewicht. Nach alledem muss ich mich entschieden gegen den Vorwurf verwehren, meine Fachminister Michael Groschek und Ralf Jäger hätten sich nicht ausreichend für die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner der Betuwe-Linie eingesetzt.

Seien Sie versichert, dass sich die Landesregierung, wie schon in der Vergangenheit, auch weiterhin mit aller Kraft für eine gerechte und nachhaltige Infrastrukturpolitik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes einsetzen wird.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Kraft', written in a cursive style.

Hannelore Kraft